

Obamas Politik der grossen Kelle

Seit einem guten halben Jahr amtiert Barack Obama nun bereits als 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Mit seinem enthusiastischen «Yes, we can», mit seinem beeindruckenden Charisma, mit seinem einnehmenden Charme hat er die Herzen von Millionen von Menschen erobert – weltweit. Aber die Begeisterung scheint nachzulassen, zumal in den USA selbst. Seine Popularitätswerte sinken, der Anteil der Amerikaner, die ihn ablehnen, hat sich von unter 20% nach der Inauguration auf gegen 40% fast verdoppelt.

Nicht zuletzt gegenüber der Wirtschaftspolitik der Administration Obama wachsen Skepsis und Unmut. In Europa scheint das noch wenig zur Kenntnis genommen zu werden, obwohl sich schon im April Hunderttausende Amerikaner auf die Strassen begaben, um gegen Bailouts, Stützungs Pakete und die Finanzpolitik zu protestieren. Am Nationalfeiertag haben die gleichen Gruppierungen erneut der «taxation without representation» den Kampf angesagt. Auch die teilweise ziemlich harschen Proteste gegen das tausend Seiten dicke Gesundheitsreform-Paket sind zum Teil Ausdruck des gleichen Unmuts. Die Reform wird nämlich selbst von vielen, die sie als grundsätzlich nötig erachten, zugleich doch als weitere Belastung eines an sich schon strapazierten Staatshaushaltes angesehen.

DER NEUE KENNEDY

Die Beurteilung der Wirtschaftspolitik Obamas wird erschwert durch die Aussergewöhnlichkeit der Lage, in der sich die amerikanische Wirtschaft, ja die Weltwirtschaft insgesamt derzeit befindet. Im Chaos und in der Not wird der Blick nämlich schnell einmal getrübt, und man wird verständlicherweise nachsichtig gegenüber manchem hektischen Aktivismus, der unmittelbar Linderung bringen soll – und sie vielleicht auch bringt. Dabei verliert man aber leicht die langfristige Perspektive aus den Augen. Deshalb kann es hilfreich sein, etwas Abstand zu nehmen und Art, Stil sowie zugrundeliegende Denkweise der Wirtschaftspolitik der Regierung Obama nicht in erster Linie unter dem alles überschattenden Eindruck der Herausforderungen der Gegenwart zu beurteilen, sondern eine zeitgeschichtliche Perspektive zu wählen.

Im 14. Band des Jahrbuchs «Ordo» (1963) findet sich unter dem Titel «Die Nationalökonomie des «New Frontier»» ein Aufsatz von Wilhelm Röpke. In ihm setzt sich der bedeutende liberale Ökonom und Gesellschaftsphilosoph, der während und nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang in der NZZ die Flagge der Marktwirtschaft hochgehalten hat, mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik John F Kennedys auseinander und vergleicht sie mit dem «New Deal» Franklin D. Roosevelts, den er bereits 30 Jahre früher streng und schonungslos zerpfückt hatte. Viele Einschätzun-

gen, zu denen er dabei kommt, passen zum Teil so verblüffend, ja erschreckend auch auf den «neuen Kennedy», dass man bei aller Vorsicht fast versucht ist, doch so etwas wie eine Wiederholung der Geschichte zu diagnostizieren.

ERLÖSUNGSGLAUBE

Inzwischen dürfte eine Mehrheit der liberalen Ökonomen und Wirtschaftshistoriker die Meinung vertreten, dass der «New Deal» im besten Fall nichts gebracht, im schlechtesten Fall aber die Depression um Jahre verlängert hat. Dementsprechend mokiert sich Röpke über Kennedy, weil dieser «Roosevelt unentwegt für einen der grössten Staatsmänner» halte, was eine «unbegreiflich scheinende Einschätzung» sei, die wesentliche Rückschlüsse auf die Marschrichtung Kennedys und seiner Berater zulasse. Hinter dem zum Teil nach aussen zur Schau gestellten Pragmatismus Kennedys vermutet Röpke sehr wohl eine Ideologie. Sie basiere auf einem «tief in der amerikanischen Überlieferung wurzelnden sozialen Erlösungsglauben – «we want a better world» – unter Verkennung oder Unterschätzung der entgegenstehenden Realitäten». Röpke spricht von Fortschrittsglauben und Utopismus, er geisselt den «neojakobinischen Missionsdrang», diagnostiziert eine «Apertura a sinistra» und sorgt sich über den wachsenden politischen Einfluss von Intellektuellen, die eine geistige Affinität mit dem Sozialismus verbindet. Gemeint ist damit immer die Regierung Kennedy, doch wem käme das in der heutigen Obamamania nicht vertraut vor.

STICHWORT «DEFLATIONSGEFAHR»

Man könnte meinen, Röpke habe sogar die gegenwärtige Geldpolitik der Krisenbekämpfung hellseherisch vorausgesehen, wenn er schreibt: «Es ist eine dauernd auf dem Sprunge liegende Ungeduld, den Kräften der Geldschöpfung freien Lauf zu lassen, nur auf das Stichwort wartend, das «Deflationsgefahr» lautet.» Eine weitere Parallele zwischen Roosevelt und Kennedy sieht Röpke im trotzi-gen Bekenntnis zur Finanzpolitik der «grossen Kelle». Hätte er um die gigantischen, sich auf mehrere tausend Milliarden Dollar belaufenden Stützungs- und Stimulierungsprogramme der amerikanischen Regierung und Notenbank gewusst – sie entsprechen mehr als dem Zehnfachen der amerikanischen Kriegsausgaben im Irak zwischen 2003 und 2008 –, hätte wohl seine ganze Sprachgewalt versagt. Schliesslich empfand er schon Kennedys Politik als «colossal deficit spending», als «Elephantiasis» der Staatsfinanzen und als «Fiskalsozialismus». Obama lässt mit seiner Finanzpolitik George W. Bush, der den Staat so sehr aufgebläht hat wie zuletzt Lyndon B. Johnson während des Vietnamkrieges, wie einen sparsamen Haushälter erscheinen.

DER NEW DEAL IST KEIN VORBILD

Was lässt sich aus solcher Rückschau lernen?

1. Obama steht mit seiner Politik – Extremsituation hin oder her – durchaus in einer Tradition, und zwar einer problematischen Tradition des «Big Government». Die Dimension der staatlichen Intervention ist zwar neu, aber die Mentalität bleibt die gleiche.
2. Der «New Deal», auf den sich Obama so gerne beruft und der auch Kennedy fasziniert hat, ist ein schlechtes Vorbild. So sehr er kurzfristig schlimmste Not gelindert haben mag, so sehr hat er eben diese Not verlängert. Als Grund wird hauptsächlich Roosevelts negative Haltung gegenüber der Geschäftswelt und die davon ausgehende Verunsicherung der privaten Investoren angesehen, also das, was viele amerikanische Wirtschaftsführer nun auch Obama ankreiden.
3. Die vereinzelt positiven konjunkturellen Signale der letzten Wochen können ein kurzfristiges Aufflackern oder sogar nachhaltigere Erholung signalisieren. Die strukturellen monetären und fiskalischen Verwerfungen werden dadurch kaum kleiner, sie verschwinden nicht von heute auf morgen. Man sollte nicht vergessen, dass der amerikanische Aktienmarkt erst in den 1950er Jahren wieder das Niveau von vor 1929 erreicht hat.
4. Vordringlich ist deshalb eine Exit-Strategie, ein rascher und geordneter Rückbau der Übertreibungen in der Krisenbekämpfung, in der Geldpolitik ebenso wie in der Fiskalpolitik. Voraussetzung dafür ist, dass man sich der Schattenseiten des New Deal und damit erst recht der derzeitigen Stimulierungspolitik bewusst ist. Ein solcher Rückbau wäre zwar schmerzhaft, doch wohl weniger schmerzhaft als die Aufräumarbeiten nach der nächsten Krise, zu der man ohne solch geordneten Rückzug schon heute die Grundlagen legt.

G. S.